Der Achtstundentag, Wert und Symbol

Posted on 1. Mai 2026 by Klaus Lang



„Kein Klassenkampf ohne Feminismus, kein Feminismus ohne Klassenkampf!“ Screenshot: Instagram, Illustration @lin.a.tari

Heute kaum zu glauben, aber der Ursprung des 1. Mai als Tag der Arbeit liegt in den USA: Vor 140 Jahren, am 1. Mai 1886 riefen die Gewerkschaften dort zum landesweiten Streik für den Achtstundentag auf: *„8 hours work, 8 ours rest, 8 hours leisure“* war die Parole. Drei Jahre später wurde daraus der weltweite Kampftag der Arbeiterbewegung. Die Parole des Deutschen Gewerkschaftsbundes zum 1. Mai 2026 *“Erst unsere Jobs, dann eure Profite“* klingt nicht nach selbstbewusster Zukunftsorientierung, sondern gilt sicher vielen als Rückgriff in die Mottenkiste klassenkämpferischer Parolen. Aber wenn die Tarifbindung zurückgeht und Tarifflucht alltäglich wird, wenn Betriebsratswahlen behindert und verhindert, Wahlvorstände und gewählte Betriebsräte bedroht und gekündigt werden, wenn der Kündigungsschutz als Wachstumsbremse diffamiert, wenn der

Sozialstaatskompromiss, eine zentrale Grundlage unseres Gemeinwesens, gefährdet wird, ist die Anleihe bei klassenkämpferischen Parolen naheliegend.

Noch nie nach 1945 waren die Gewerkschaften mit einer Regierung unter Beteiligung der SPD konfrontiert, die den 8-Stunden-Tag in Frage stellt. Es ist auch kein Aprilscherz, dass in jüngsten Koalitionsgesprächen die Streichung des 1. Mai als Feiertag von den Unionsparteien aufs Tapet kam. Mit Zweifeln an dem 8 Stunden Tag ist eine neue Debatte um Arbeitszeit und Arbeitsleistung der Erwerbstätigen entbrannt. Der Symbolwert des Achtstundentages geht über die reine Zahl hinaus. Er steht auch für Zeitsouveränität arbeitender Menschen. Er soll zeigen, dass Erwerbsarbeit nur einen Teil der Lebenszeit beanspruchen darf und das in dieser Zeit erarbeitete Geld für bezahlbares Leben mit Wohnung, Essen und Kleidung, Bildung, Kultur, politische und soziale Beteiligung und Vergnügen reichen soll. Fällt der Achtstundentag, ist das ein weiteres Signal für die unbegrenzte Verwertbarkeit der Ware Arbeitskraft im Unternehmerinteresse.

Außerdem wird in dieser Debatte das Pferd vom Schwanz aufgezäumt: Der Verkauf von Produkten und Dienstleistungen wird nicht durch das zusätzliche Angebot an Arbeitsstunden verbessert, sondern mit besseren Produkten und Dienstleistungen und deren gekonnter Vermarktung. Das z.B. bei Porsche die Verkaufszahlen abgestürzt sind oder VW den Dieselskandal zu verkraften hat, die Automobilindustrie keine Strategie zur Elektromobilität gefunden hat, liegt zuallererst am Innovations- und Marktversagen der Unternehmen, nicht an zu kurzer Arbeitszeit und mangelnder Leistungsbereitschaft der Beschäftigten.

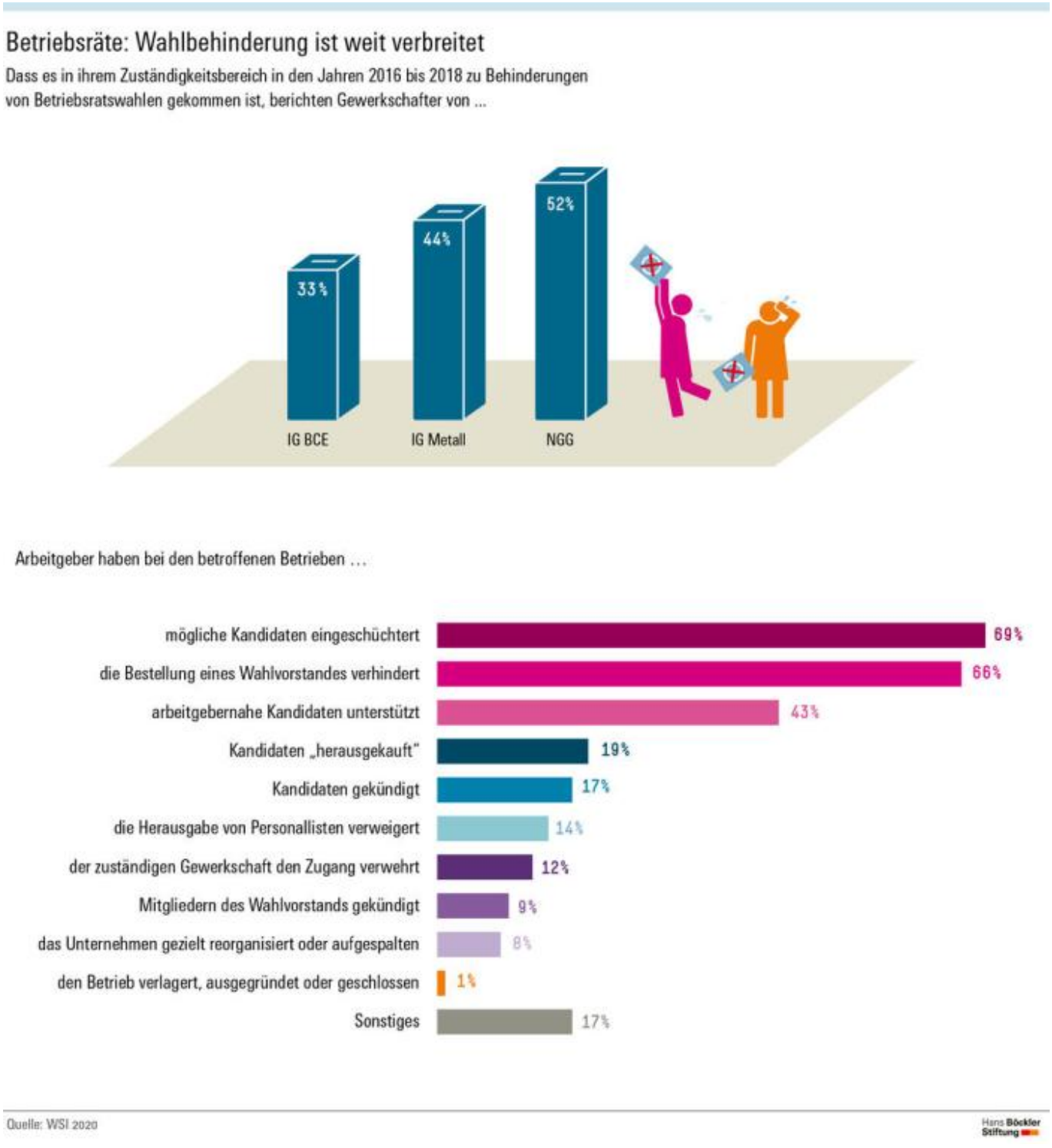
Wo bleiben die konkreten Taten?

Lars Klingbeil als SPD-Vorsitzender verweist neuerdings immer wieder darauf, dass es um die Vergrößerung des Arbeitsvolumens geht. Aber wo bleiben die konkreten Taten? Der Arbeitsaufnahme von Geflüchteten stehen immer noch viel zu viel Barrieren entgegen, ganz zu schweigen, dass immer wieder in Ausbildung oder Arbeit bestens integrierte Geflüchtete aus dem Alltag herausgerissen und abgeschoben werden. Der Anteil erwerbstätiger Frauen kann nicht mit Abschaffung der Teilzeit, sondern mit kürzerer Wochenarbeitszeit, verbunden mit genügend und besseren Einrichtungen für Kinder und Jugendliche, so gelöst werden, dass beiden Elternteilen sorglos Berufstätigkeit ermöglicht wird.

Aber nicht nur das Arbeitsvolumen, sondern, so ein weiteres konservatives Mantra, auch die Arbeitsleistung müsste gesteigert werden. In Wirklichkeit verdichten neue Formen der Arbeitsorganisation die Arbeit und sie erweitern Kontrollmöglichkeiten. Der Anstieg der psychischen Belastungen in der Erwerbsarbeit ist seit Jahren dramatisch. Die Auswertungen der Krankenkassen (Technikerkrankenkasse, AOK) weisen immer wieder darauf hin. Anstatt die hohe Zahl an krankheitsbedingten Fehltagen als Zeichen von Faulheit zu diffamieren, sollten von der Bundesregierung neue Programme zur Humanisierung der Arbeit und der

Verbesserung des Gesundheitsschutzes auf den Weg gebracht werden. Sie müssten psychische Belastungen im Fokus haben, die neuen Mensch-Maschine-Schnittstellen in den Blick nehmen und die Folgen neuer computergestützter Verdichtungs- und Überwachungsmöglichkeiten in der Erwerbsarbeit thematisieren.

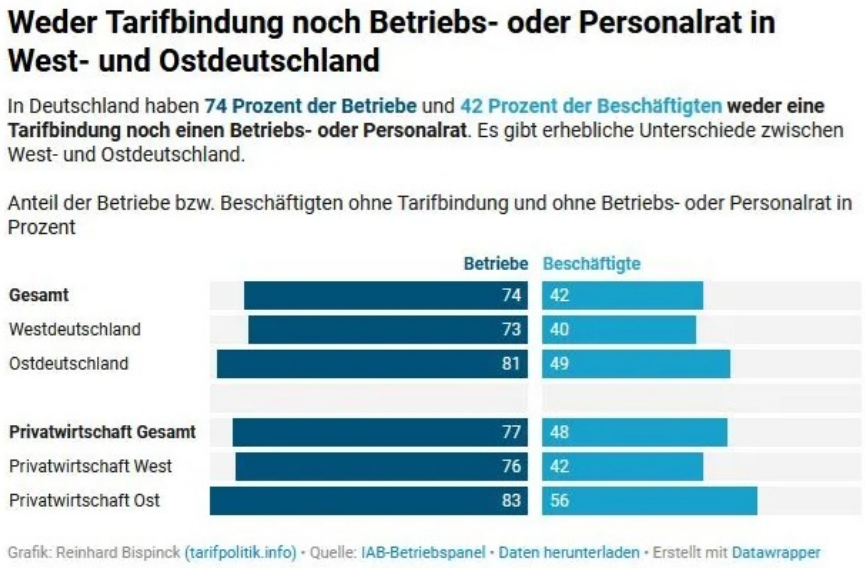
Gewerkschaften und Betriebsräte stehen in der betrieblichen Arbeit unter zunehmendem Druck. Zugänge werden verweigert, Akteuren wird gekündigt. Das Union Busting wird alltäglich. Tesla ist zwar ein spektakulärer Sonder-, aber keineswegs ein Einzelfall. Die Praxis des Union Busting breitet sich in vielen Branchen aus, vor allem im Handel, in der Systemgastronomie, im Transport, in Schlachthöfen und in der Logistik. In einer Untersuchung der Otto-Brenner-Stiftung werden die Methoden benannt: Einschüchterung, Behinderung von Betriebsratswahlen, Kündigungen gegen Kandidaten, mangelnde Bereitstellung notwendiger Unterlagen, Diskreditierung sowie der Einsatz von externen Spezialisten, begleitet von Druck auf Beschäftigte. Gewerkschaften befürchten zurecht betriebsratsfreie Zonen und die Absage an die Mitbestimmung. Dringend geboten sind mehr Abwehrmöglichkeiten gegen solche Praktiken und verschärfte Sanktionsmöglichkeiten in der Betriebsverfassung sowie ein besserer Kündigungsschutz für Wahlvorstände und Kandidaten zu den Betriebswahlen.



Grafik: Hans Böckler Stiftung

Die Vielfalt neuer Formen der Arbeitsorganisation ermöglicht größere Freiheitsgrade in der Gruppen- und Eigenverantwortung, bietet aber die Gefahr neuer Formen der Selbstausbeutung. Die Koalitionsvertrag verspricht zwar neue Initiativen zur sozialpartnerschaftlichen Bewältigung für die „steigenden Herausforderungen der Digitalisierung und Künstlichen Intelligenz in der Arbeitswelt“, an konkreten Schritten ist nichts bekannt. Erforderlich ist, die Rechte der einzelnen Gruppen und Personen im Arbeitsalltag zu stärken aber auch wirksam mit kollektiver Interessenvertretung zu verknüpfen. Der Wandel der Arbeit verlangt in der Tat Mitbestimmung am Arbeitsplatz, mit gestärkten Individuen, die Wertschätzung und Respekt erfahren müssen, im Rahmen kollektiver Regelungen.

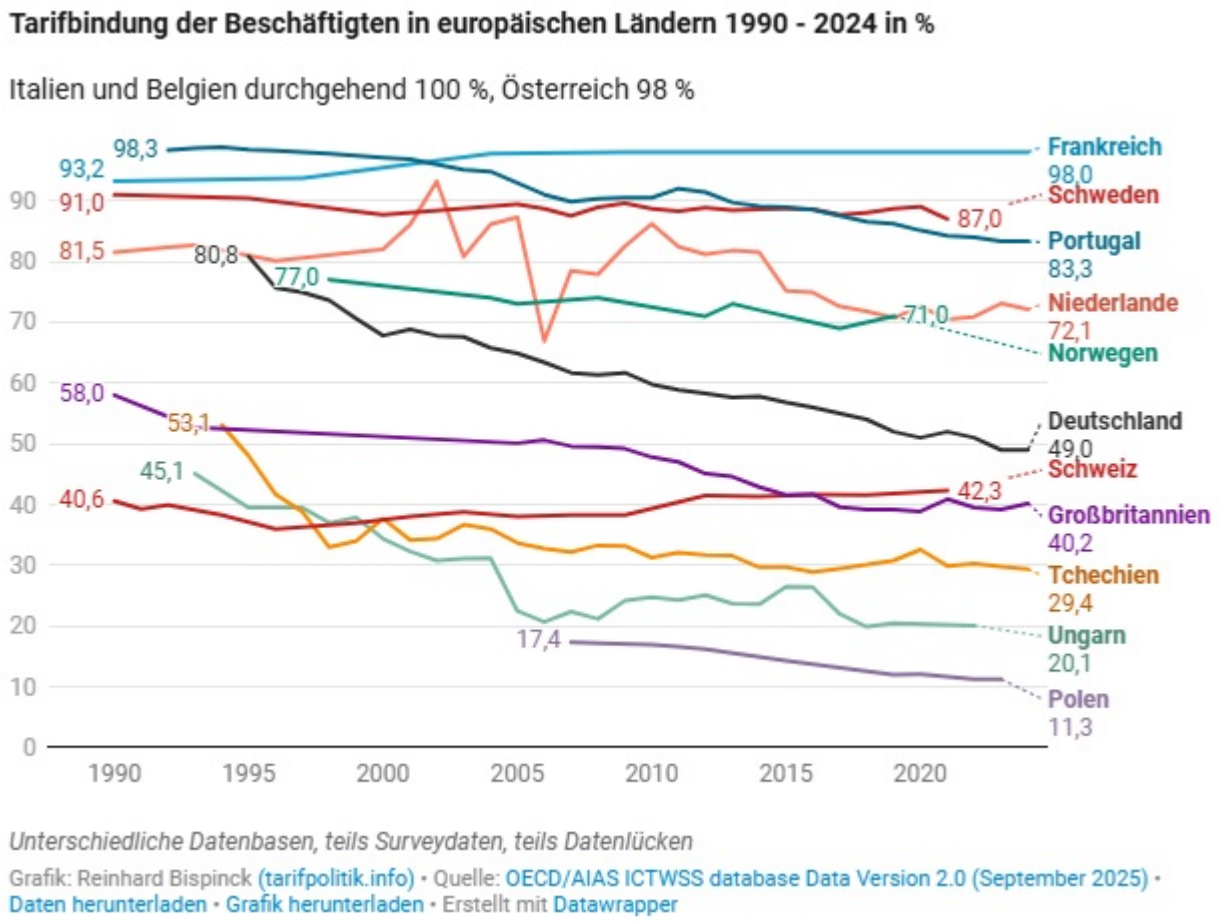
Eine dramatische Entwicklung



Screenshot: Website Reinhard Bispinck

Der kontinuierliche Rückgang der Tarifbindung stellt die größte Herausforderung für die Gewerkschaften, aber auch für die Gesellschaft dar. Für die Beschäftigtenseite zeigt sich ein klarer Trend: 1996 waren noch etwa 67 Prozent in einem Branchentarifvertrag tarifgebunden, 2023 nur noch etwa 43 Prozent. Für die Betriebe ist der Rückgang noch deutlicher: 2000 waren noch etwa 44 Prozent der Betriebe in einem Branchentarifvertrag gebunden, 2021 nur noch etwa 25 Prozent. Das Institut der deutschen Wirtschaft und das WSI der Gewerkschaften beschreiben die langfristige Erosion des Tarifsystems. Es ist eine dramatische Entwicklung, der politisch kaum entgegengetreten wird.

Die Mindestlohnrichtlinie der Europäischen Union verpflichtet die Mitgliedsstaaten, alle Anstrengungen zu unternehmen, das Niveau der Tarifbindung auf 80% zu steigern. Außer einem löchrigen Tariftreuegesetz sind dazu keine Aktivitäten oder Kampagnen der Bundesregierung zu spüren, schon gar keine, die die Unternehmen und Unternehmerverbände in die Pflicht nehmen, die Tarifbindung zu steigern die Mitgliedschaft „Ohne Tarif“ in Arbeitgeberverbänden auszuschließen.



Screenshot: Website Reinhard Bispinck

Am Tag der Arbeit 2026 muss auch die Zukunft des Sozialstaates zentrales Thema sein. Die Reform des Sozialstaates ist nötig und möglich. Viele Vorschläge der Sozialstaatskommission und der Kommission zur Reform des Gesundheitswesens sind sinnvoll oder diskutabel. Aber mit den Aussagen von Friedrich Merz und anderer Unionspolitiker werden die Signale immer wieder auf Abbau von Leistungen und Zunahme von Belastungen für die gestellt, die des Sozialstaates bedürfen. Viele sehen die Zeiten multipler Krisen als günstig an für den Frontalangriff auf den Sozialstaat.

Aber Sozialstaat heißt nicht, die Ausgaben den Renditeerwartungen der Unternehmen anzupassen, sondern das Volkseinkommen so zu verteilen, dass der Sozialstaat die Grundlage für Wohlbefinden, freie Lebensgestaltung und demokratische Beteiligung für jeden bleiben kann. Die Sicherung des Sozialstaates ist aktuell eine Frage einer anderen, gerechteren Verteilung von Einkommen und Vermögen durch höheren Spitzensteuersatz, Vermögens- und Erbschaftssteuer. Zu viele sehen dagegen in Krisenzeiten die Möglichkeit, den demokratischen Sozialstaat in den repressiven Fürsorgestaat umzuwandeln. Die SPD kann das um den Preis endgültiger Selbstaufgabe nicht mitmachen. Friedrich Merz wird zeigen müssen, ob er mit den Unionsparteien eine Sozialstaatsreform in demokratischer Allianz zu Stande bringt oder Kräften des Wirtschaftsrates in Verbindung mit der Jungen Union freien Lauf lässt – mit ungewisser Zukunft für die Unionsparteien. Auch darum geht es am 1. Mai 2026.

Trotz all der Probleme sorgen die Gewerkschaften auch 2026 noch sehr effektiv für höhere Einkommen, bessere Arbeitsbedingungen, Regelungen der Arbeitszeiten, Arbeits- und Gesundheitsschutz, Konfliktlösungen in den Betrieben und den Erhalt möglichst vieler Arbeitsplätze unter oft sehr schwierigen Bedingungen.

Das entbindet die Gewerkschaften nicht davon, dem Strukturwandel der Beschäftigten in Sprache und Auftreten gerecht zu werden, um in den Betrieben und Verwaltungen gut verankert zu bleiben. Der tagtägliche Einsatz für höhere Entgelte, sichere Arbeitsplätze und gute Arbeitsbedingungen sollte stärker mit Perspektiven über die Zukunft der Erwerbsarbeit, die Grenzen von Wachstum und Konsum, den Schutz der Umwelt und der Rettung des Klimas verbunden werden. Das wird umso leichter möglich, wenn die Gewerkschaften in ihren Kernaufgaben von politischen Akteuren und gesellschaftlichen Kräften nicht nur am 1. Mai, sondern alltäglich respektiert und unterstützt werden.

- E-Mail
- teilen
- teilen
- teilen
- teilen

Entdecke mehr von bruchstücke

Melde dich für ein Abonnement an, um die neuesten Beiträge per E-Mail zu erhalten.

Gib deine E-Mail-Adresse ein …

Abonnieren